



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

B/XVI/19 - 23. Januar 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0826890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Kann Kai-Uwe von Hassel weiterregieren?

97

Eine notwendige Frage nach der Landtagsdebatte in Kiel

Von Fritz Sänger

3 - 5

Sudetenfrage und Sozialdemokratie

105

Eine bedeutsame Begegnung in Bergneustadt

6 - 7

Das Geheimnis der Kostaik

63

Im Hintergrund der französisch-algerischen Verhandlungen

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

7

Das Beispiel

22

Königin Elizabeths Besuch in Indien
Sozialisten brachten die Unabhängigkeit

* * * *

Kann Kai-Uwe von Hassel weiterregieren?

Eine notwendige Frage nach der Landtagsdebatte in Kiel

Von Fritz Sänger

Selbst der zu politischer Polemik nicht neigende Vorsitzende der Fraktion der CDU/CSU im Bundestag, Heinrich Krone, musste sich bemühen, um von dem Ansehen des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Kai-Uwe von Hassel zu retten, was noch zu retten war. Das Unternehmen des Heinrich Krone wurde aber zu einer gefährlichen Aktion. Denn es geht nicht zuerst und auch nicht zuletzt um Kai-Uwe von Hassel, den Parteifreund und Wahlkampfleiter der CDU, sondern es geht um das politische Gesicht eines deutschen Landes und um das Ansehen, das die Bundesrepublik geniest. Aus Schleswig-Holstein war Anlass zu heftiger Kritik und zu schlamer Bawertung der jungen deutschen Demokratie gegeben worden.

Versagen in entscheidender Stunde

Der Ministerpräsident eines Landes war und ist und bleibt für das verantwortlich, was in seinem Lande unter seiner Verwaltung und durch seine Exekutive geschieht oder gedeckt wird. Wenn hier oder dort eine Unkorrektheit festzustellen gewesen wäre - der Mantel des Vergessens oder Uninteressiertheit der öffentlichen Meinung hätten es zugedeckt. Wenn aber hier und dort und wiederum dort und hier, sozusagen in laufender Kette, Vorkommnisse der Art geschehen, wie der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein sie nun selbst vor seinem Landtag am 16. Januar 1961 nach monatelangen Zugern endlich dargestellt hat, dann ist keine Möglichkeit gegeben und es ist auch im Staatsinteresse nicht zulässig, dazu zu schweigen. Denn sind die Wähler auf den Turm und auf die Mauern gerufen, Ausschau zu halten und abzuwehren. Eine aufmerksame Presse hat ihre Funktion in der Demokratie in diesem Falle in hoher Müsse erfüllt. Der Ministerpräsident aber hat weder in den Monaten der allgemeinen und internationalen öffentlichen Diskussion, noch in seiner Landtagsrede in Kiel die Abwehr aufgebaut oder gar eingesetzt, die seit langem nötig ist - und die ihm von einem grossen Teil der deutschen Presse vorbereitet worden war. Herr Heinrich Krone müsste so wie wir wissen, wie peinlich der Eindruck dieser Rede seines politischen Freundes auf die Hörer gewesen ist; auch auf nicht wenige in der eigenen Fraktion und nicht zuletzt auf die Journalisten, die aus dem Inland und Ausland in grosser Zahl im Saale waren. Ihre Berichte und Kommentare haben keinen Zweifel darüber gelassen, dass diese Rede nicht geholfen hat, dem Lande zwischen Ost- und Nordsee wieder ein klares politisches Gesicht zu geben, in das auch das Ausland gern schauen wochte. Sie war eine müde Abwehr in Details. Der politische Kern wurde nicht berührt: er ist in der Vielfalt und dennoch Verbundenheit der voneinander unabhängigen Geschehnisse zu sehen, in der unbestrittenen, von Hassel noch unterstrichenen inneren Übereinstimmung zwischen den Fällen, die in aller Munde sind um jenem unverfolgten und ungeschützten Verhalten mancher Zeugen oder in anderer Weise mitwirkenden, das sich in Aussagen, Reden und Briefen darstellt. Es ist der Ungeist, der in diesen Vorgängen weht und weht und den auszutreiben nicht eine Rechtfertigung zur Person genügt. Dass Herr von Hassel kein Nazi war oder ist, weiss jedermann, der ihn kennt; dass er die Nazis nicht dulden würde, kann gewiss sein. Aber sie kommen heute nicht mehr im Braunhemd und singen nur selten in Amtskantinen das Horst-Wessel-Lied. Die Moral des Reicholms ist geblieben und der Wille zum Unrecht. Was geschah und was geschieht, jetzt und heute, um diesen Ungeist

zu vernichten und seine Träger von öffentlichem Wirken auszuschließen?
Darum geht es und nicht um eine Person.

Gefährliche Entlastungsaktion

Nicht Kai-Uwe von Hassel ist verdächtigt worden, wie jetzt eine hilflose und gefährliche Aktion seiner Parteifreunde nachträglich aufzudecken möchte, sondern seine politische Führung des Landes und der Verwaltung, sein Mangel an festem Willen und klarem Sinn, der schon bei den ersten Vorkommnissen dieser Art entschiedener Tatkraft hätte weichen müssen. Es bedurfte indessen erst der Mahnung auch seiner engsten Freunde und eines öffentlichen Appells, ehe er bereit war, wenigstens eine Geste in Worten zu machen.

Von Hassel mag seine Lage und die Folgen seines Versagens deutlicher als mancher andere empfinden - es spräche für ihn -, da er zu dem Entschluss kam, nun wenigstens das Parteizentrum in Bonn, die Leitung des Wahlkampfes der CDU niederzuliegen. Er weiss - und Heinrich Krone, sein Verteidiger, wird es nicht weniger wissen - wie man im Ausland auch offiziell die Vorgänge in dem nördlichsten Lande der Bundesrepublik beurteilt. Berichte der deutschen Auslandsvertretungen an das Auswärtige Amt gehen darüber Mitteilung. Man blickt aufmerksam auf dieses Land und auf unsere politische Wirklichkeit. Wer das bagatellisiert, der schadet unseren deutschen Interessen.

Allgemeine Interessen stehen auf dem Spiel

Es ist zu verstehen, dass die CDU im Wahljahr nicht die Pferde wechseln will. Doch kann ein solches Verhalten nur so lange ohne Widerspruch hingenommen werden, wie allgemeine Interessen des ganzen Landes unberührt bleiben. Ist es aber noch zu verantworten, daß ein nur erwiesenermaßen nicht bewährter Mann, der im eigenen Lande, in eigener politischer Lager, bei Freunden und Gegnern eine so geringe Zustimmung oder volle Ablehnung fand und findet, der auch die Zutretenden enttäuschte - ist es zu verantworten, daß er das Land nun weiter regieren kann, wo Wähler heraufziehen?

Weder in Schleswig-Holstein noch in der Bundesrepublik hat die CDU bis heute Stürme zu bestehen gehabt. Ein unbändiger Aufbauwille des deutschen Volkes in Dörfern und Städten, ein nach den Zerstörungen des Krieges unermesslicher, einmaliger Bedarf an Gütern aller Art, ausländischen Finanzhilfe und eine förderliche internationale Konjunktur haben in zwölf Jahren Bundesrepublik alle Dispositionen in Politik und Wirtschaft gleichsam von selbst bestimmt, auf jeden Fall erleichtert. Da erichte sich nun im ärmsten deutschen Bundesland ein Wind auf, den Erfahrenen nicht unbekannt, den Gebannten ein warnendes Zeichen - und der angeblich starke Mann der CDU in diesem Lande, einst gar als Nachfolger des Bundeskanzlers und Parteiführers genannt, versagte. Das ist ein Ruf, der nicht nur durch Schleswig-Holstein hallt. Denn die Schwierigkeiten stehen noch bevor, die Stunde der Bewährung kommt erst.

Sudetenfrage und Sozialdemokratie

sp- Nicht allzu häufig ist im politischen Leben der Bundesrepublik dieses Bild anzutreffen: Ein Minister der Bundesregierung und führende Vertreter der sozialdemokratischen Opposition bemühen sich, von redlichem Willen beseelt, um die Klärung nationalpolitisch wichtiger Fragen und dies in einem Geiste, der mehr Verbindendes als Trennendes sichtbar werden lässt. Nicht ohne Spannung sahen der Bundesvorstand, das Präsidium der Sudetendeutschen Landsmannschaft und Mitglieder des Präsidiums der Deutschen Sozialdemokratie dem Gespräch entgegen, das, schon lange vereinbart, am letzten Wochenende in der als Gastgeber zeichnenden Friedrich-Ebert-Stiftung in Bergneustadt stattfand. Das Experiment ist gelungen. Beide Gesprächspartner legten in aller Freimütigkeit ihre Auffassungen dar, und es stellte sich -manchem Teilnehmer vielleicht zur Überraschung heraus, dass sowohl die Sozialdemokratie als auch die Landsmannschaften weit Wegstrecker der jetzigen und künftigen deutschen Politik gemeinsam zurücklegen müssen, sollen die auf uns zukommenden Gefahren gebannt und die Bahn für seine gesicherte Zukunft eines freien, heute noch gespaltenen Deutschlands geebnet werden. Der Geist eines Friedrich Ebert und eines grossen sudetendeutschen Sozialdemokraten, Josef Seliger, wurde hier beschworen, Männer, zu ihren Lebzeiten verkannt, heute als deutsche Patrioten anerkannt.

Der stellvertretende Parteivorsitzende Herbert Wehner fand in seinem einleitenden Referat keinen Widerspruch, als er auf die Notwendigkeit einer von allen politischen Kräften unseres Volkes gemeinsam zu erarbeitenden Grundlage für die beste Lösung übergeordneter nationalpolitischer Fragen hinwies. In der Rangordnung der deutschen Politik nimmt das Sudetenproblem zwar nicht die erste oder zweite Stellung ein. Die Sudetendeutschen wissen es auch. Aber sie wollen auch nicht, wie der Vorsitzende ihrer Landsmannschaft, Bundesminister Seebörm, es bildhaft ausdrückte, die Letzten als Angeschmierte sein, dazu verurteilt, schliesslich allein die Zeche für die Rechtsbrüche des Dritten Reiches bezahlen zu müssen. Hier

hat sich die Solidarität der deutschen Nation, des Ganzen für seine Teile zu bewähren.

Die Sudetendeutsche Landmannschaft unterscheidet sich von den übrigen Landmannschaften durch ihre geschichtlich bedingte Sonderstellung. Seit vielen Jahrhunderten bewohnten die Sudetendeutschen die böhmisch-mährisch-schlesischen Randgebiete. Der Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie im ersten Weltkrieg führte zur Gründung der Tschechoslowakei, eines Staates, dem schon bei seiner Geburt der Todeskeim innewohnte. Dreieinhalb Millionen Deutsche, also mehr als Dänemark Einwohner zählt, wurden, ohne gefragt zu werden, unter Missachtung des Selbstbestimmungsrechtes zu Bürgern zweiter Klasse degradiert. Im richtigen historischen Zusammenhang gesehen, ist die Vertreibung der Sudetendeutschen nach dem zweiten Weltkriege nicht ein Strafakt für die Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes des tschechischen Volkes durch Hitler gewesen, sondern eine Fortsetzung des Unrechts von 1918. Die geistige Austreibung von dreieinhalb Millionen begann mit der Antrittsrede des Präsidenten Masaryk nach seiner Rückkehr aus dem Exil, worin er die Deutschen Böhmens, Mährens und Sudetenschlesiens als "Emigranten und Kolonisten" bezeichnete, eine mit den historischen Tatsachen im Widerspruch stehende Behauptung.

Dieses verzerrte Geschichtsbild ist Hitler zugute gekommen, es legte den Boden für Ressentiments und verurteilte die Bemühungen der Mehrheit der Sudetendeutschen nach friedlich-innerpolitischer Überwindung des seit 1918 gegebenen Unrechtszustandes zum Misserfolg. In der Weimarer Republik wusste man zu wenig davon, man nahm daran keinen Anteil, die Sudetendeutschen galten bei vielen Deutschen als Tschechen oder als Nationalisten. Im außenpolitischen Bewusstsein der deutschen Demokratie die Kenntnis der Probleme des böhmisch-mährischen Raumes zu einem festen Bestandteil zu verankern, scheint daher unerlässlich zu sein.

Die Deutsche Sozialdemokratie als eine meinungs- und poli-

tisch-bildende Kraft, ist bemüht -dies bedingt schon ihre Grundhaltung in nationalpolitischen Daseinsfragen- das Ihre zur Verwirklichung des Rechts auf Heimat und Selbstbestimmungsrecht zu tun. Sie sieht hier unveräußerliche Rechte, die wohl zeitweilig verletzt, aber nicht für immer aufgehoben werden können. Ein Verzicht darauf wäre kein Beitrag für die Sicherung des Friedens und keine Gewähr für ein harmonisches Neben- und Miteinanderleben der Völker. Dabei betrachtet sie es nicht als ein Naturgesetz, dass alle Glieder einer Nation in einem Staat vereint sein müssen.

Es hat schon sein politisches Gewicht, wenn die Sudetendeutsche Landsmannschaft und die SPD bei diesem Gespräch in folgendem übereinstimmen:

- 1.) Die Sudetendeutsche Frage ist durch die Vertreibung der Sudetendeutschen nicht erledigt. Diese Vertreibung war widerrechtlich; sie muss auf friedlichen Wege wieder gutgemacht werden, ohne dass anderen Menschen aufs neue Unrecht geschieht.
- 2.) Wiedergutmachung der Vertreibung heisst. Rückkehr der Vertriebenen, d.h. Verwirklichung ihres "Rechts auf die Heimat".
- 3.) Das Recht auf die Heimat kann erst dann als verwirklicht gelten, wenn alle politischen und menschlichen Freiheitsrechte in der Heimat verwirklicht und gewährleistet sind.
- 4.) Neben dem Recht auf die Heimat wird der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes des Volkes verfochten.
- 5.) Das Selbstbestimmungsrecht ist eine umfassende Idee; sie läßt in gegebenem Fall verschiedene staats- und völkerrechtliche Lösungen zu.
- 5.) Die Feststellung, wonach Deutschland in den Grenzen von 1937 rechtlich fortbesteht, schliesst das sudetendeutsche Heimat- und Selbstbestimmungsrecht nicht aus.
- 7.) Die offene Entnationalisierung der heute noch in der CSSR zurückgehaltenen Deutschen widerspricht den Grundrechten eines auf Menschenrechten gegründeten Volksgruppenrechtes, zu denen sich die SPD in ihrem Godesberger Grundsatzprogramm bekannt hat.

Diese hochbedeutsame Erklärung trägt der Sonderstellung der Sudetendeutschen Rechnung, sie stellt das Verhältnis zwischen Landsmannschaft und der Sozialdemokratie auf eine Grundlage, auf der gegenseitiges Vertrauen gedeihen und gemeinsames politisches Wollen über alle Unterschiede hinweg sich entfalten können. Darin liegt der Gewinn dieser Begegnung; sie riss, wenn sie überhaupt bestanden Barrieren nieder, legte Missverständnisse hinweg, förderte den Geist der Toleranz und des gegenseitigen Respekts. Gerade das brauchen wir in der deutschen Politik.

Das Geheimnis der Kasbah

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Geheimverhandlungen zwischen Paris und der FLN stehen unmittelbar bevor oder haben möglicherweise schon begonnen. Die beiden Gesprächspartner haben ihre Standpunkte mehrmals dargelegt und sind jedenfalls über ein sehr wichtiges Prinzip einig; das Recht des algerischen Volkes auf Selbstbestimmung.

Mehrere Kräfte haben in den letzten Jahren zu dieser Entwicklung beigetragen: der bewaffnete Widerstand der algerischen Aufstandsbewegung unterstützt von der afrikanischen und teilweise auch asiatischen Solidarität, die Entwicklung der öffentlichen Meinung in fast allen Ländern der Erde und nicht zuletzt in Frankreich selbst, wo der letzte Volksentscheid eine Dreiviertelmehrheit für das algerische Selbstbestimmungsrecht ergab.

Eine Kraft hat aber durch ihr plötzliches und massives Auftauchen erst in den letzten Wochen entscheidend gewirkt: die Kundgebungen in den algerischen Städten, die seit dem 12. Dezember 1960 nicht aufgehört haben, weder vor noch nach dem Volksentscheid des 8. Januar 1961, und die trotz umfangreicher Sicherheitsvorkehrungen auch jetzt noch latent andauern.

Ferhat Abbas berief sich in seinen letzten grundsätzlichen Erklärungen mehrmals auf diese "patriotischen und revolutionären Demonstrationen". Seine im Dezember erfolgte Weisung zur Einstellung dieser Kundgebungen ist aber eigentümlicherweise nicht befolgt worden. Das gibt nicht nur den Franzosen zu denken, sondern auch der Exilregierung, die diese Massen eines Tages zu bändigen haben wird. Steht Ferhat Abbas hier vor ähnlichen Problemen, wie auch Burgiba und König Mohammed gegenüber den radikalen Oppositionen in ihren Ländern? Ist dieses Problem für Abbas nach einem siebenjährigen Bürgerkrieg nicht noch gefährlicher? Wird die z.T. in Tunis stationierte FLN-Armee nicht von dieser spontanen und radikalen Revolution überflügelt werden? Diese Frage stellt man sich heute nicht nur in Paris, sondern auch in Tunis.

Die Verhandlungen zwischen Paris und der FLN sind keine Friedensverhandlungen im eigentlichen Sinne des Wortes; sie sollen keinen normalen Krieg beenden, sondern einen Bürgerkrieg. Man hat diesen Punkt bis jetzt nicht genügend beachtet, er spielt aber keine geringe Rolle in der möglichen Annäherung zwischen Paris und der FLN-Führung.

Die algerische Bevölkerung in Algier und Oran hat bis jetzt abgewartet. Diese abwartende Haltung konnte französische Stellen zu Illusionen verführen. Im Mai 1958 versuchten die Ultras sogar Verbrüderungsszenen mit den aus der Kasbah auf Forum geschleppten Massen. Vielleicht hat man sich über die wirkliche Stimmung dieser Bevölkerung getäuscht, auch in aufgeschlossenen, liberalen Kreisen.

Wer hat im Dezember 1960 die Kasbah gegen die rechtsradikalen Ultras mobilisiert? Wer hat die Parole "Vive de Gaulle! Wieder mit den Ultras" ausgegeben? Wer hat die ersten Spruchbänder "De Gaulle-Ferhat Abbas, verhandelt!" gespannt? Wieso wurde diese Losung dann in Windeseile durch "Ferhat Abbas an die Macht" und durch improvisierte FLN-Fahnen ersetzt?

Man munkelte zuerst von Weisungen französischer Liberaler oder Linksgaullisten, niemand glaubt aber, dass diese auf die Kasbah hervorragenden Einfluss haben. Man hat dann von FLN-Agenten gesprochen, die sich aus dem Maquis in die Städte geschuggelt hätten. Die Polizeioperationen haben nichts wesentlich Neues in dieser Hinsicht zutage gefördert. Es ist kaum anzunehmen, dass einzelne Funktionäre solche Massenbewegungen hervorrufen können. Es ist auch nachgewiesen, dass die FLN-Kader von der Spontaneität der Bewegung überrascht wurden und sie nicht zu stoppen vermochten. Man hat schließlich von kommunistischen Agenten gesprochen; der Einfluss der KP ist aber bis jetzt minimal.

Viel wahrscheinlicher ist es, dass die Bevölkerung der Algerierviertel eigene Wege sucht, die ein Gemisch von liberalen Ideen ("De Gaulle Abbas, verhandelt!") und radikalen FLN-Parolen sind ("Abbas an die Macht"), die jedenfalls von einem politischen Erwachen zeugen, mit dem sich nicht nur de Gaulle, sondern auch Ferhat Abbas auseinandersetzen muss.

+ + +

Das Beispiel

Königin Elizabeths Besuch in Indien

Sozialisten brachten die Unabhängigkeit

sp- Der Staatsbesuch von Königin Elizabeth II. in Indien wird -das besagen alle Berichte- von der Bevölkerung dieses Landes mit Begeisterung aufgenommen. Die englische Königin empfängt die Ehren der Vertreterin eines befreundeten Landes Indiens, obwohl die englische Kolonialherrschaft in diesem Teil Asiens erst vor fünfzehn Jahren abgelöst wurde. Wer denkt in diesem Zusammenhang noch daran, dass es die Britische Labour-Party unter Führung des ersten Nachkriegspremieres Clement Attlee war, die gegen den Widerstand der heute in England regierenden Konservativen dem indischen Volk den Weg in die Unabhängigkeit ebnete? Die freie britische Arbeiterbewegung musste damals gegen die Unbeweglichkeit und traditionsgebundene Vorstellung eines grossen Teiles des englischen Volkes ankämpfen, als sie diese das Gesicht Asiens verändernde Tat vollbrachte. Hätte die Britische Labour-Regierung nicht so gehandelt, dann wäre Indien heute wahrscheinlich schon seit mehreren Jahren Schauplatz des Kalten und möglicherweise sogar eines heissen Krieges zwischen Ost und West. Es ist das historische Verdienst Clement Attlees, dass er Indien die lang ersehnte und hart umkämpfte Unabhängigkeit gab und damit nicht nur dem englischen Volk, sondern auch der Freien Welt in Indien einen neuen Freund schuf. An diesem, jetzt schon historisch beweisbaren Beispiel, hat der demokratische Sozialismus gezeigt, dass seine Ideen, in die Tat umgesetzt, der Welt Fortes bringen.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel